



Interview mit Ralf Mucha

Vorsitzender des Ortsbeirats Lichtenhagen

Ralf Mucha, 59 Jahre, wohnt in Lichtenhagen und ist seit fast 25 Jahren im Ortsbeirat. Seit 2008 ist er dessen Vorsitzender und stellt sich dafür auch in der nächsten Legislaturperiode zur Wahl.

ULi: Herr Mucha, was finden Sie gut an Lichtenhagen?

Ralf Mucha: Ich finde schon, dass Lichtenhagen ein schöner Stadtteil ist. Die Nähe zur Ostsee ist sehr entscheidend. Wir haben durchaus noch einen relativ gut durchwachsenen Stadtteil, dieses Wort Segregation trägt hier noch nicht zu 100% durch. Was ich auch gut finde: Wir haben die geschlossenen Innenhöfe, das ist ja auch nicht überall so, wo Kinder sind. Da gibt es keinen Auto- oder Fahrradverkehr, das ist ein Riesenvorteil. Wirtschaftlich sind wir nicht ganz so gut aufgestellt, aber wir haben Ärzte hier, wir haben Versorgungseinrichtungen, allerdings brauchen wir im südlichen Bereich noch mehr. Aktuell sind wir ja im Programm „Sozialer Zusammenhalt“ aufgenommen, da können wir, glaube ich, ganz viel bewegen, auch wenn ein Teil davon zum Abbau von städtebaulichem Missstand benutzt wird, aber das ist dann so. Die Wohnungen sind zu 100% saniert, wir haben einen Leerstand von unter einem Prozent. Es ist ÖPNV-mäßig gut erschlossen, also es lohnt sich schon, hier zu wohnen.

Ich höre hier oft Sätze wie „Lichtenhagen wurde wohl vergessen.“ Und zwar in so einem resignierten Tonfall. Sie sagen eben, Segregation ist in Lichtenhagen nicht so ein Thema. Ich denke es gibt schon deutliche Tendenzen. Die Wohnungen sind zwar saniert, aber das Geschäftszentrum wird immer leerer. Die Post ist weg, es gibt kein Café. Dem Brink, wie er früher war, trauern viele hinterher, das war ja ein wichtiger Anlaufpunkt, jetzt ist da manches richtiggehend heruntergekommen. Das hören Sie doch bestimmt auch öfter? Haben Sie dazu Ideen?

Mucha: Ja klar, habe ich das gehört. Das ist, glaube ich, auch immer eine Momentaufnahme. Ich würde nicht sagen, dass Lichtenhagen in den letzten Jahren oder

Jahrzehnten vergessen wurde. Lichtenhagen ist immer berücksichtigt worden, man muss die Gesamtsituation der Hansestadt Rostock sehen, wir haben defizitäre Haushalte gehabt und dann gab es Prioritätenlisten, dann wurde punktuell mal eine Straße oder mal ein Gehweg gemacht. Wir haben 15 Jahre dafür gekämpft, dass der Lichtenhäger Brink saniert wird. Der ist jetzt komplett saniert.

Wir haben auf die Vermietung hier kaum Einfluss, das ist Privateigentum, das muss ich leider immer wieder den Einwohnerinnen und Einwohnern sagen. Da gibt es nur eine Verkehrssicherungspflicht. Wir können da nicht in das Eigentum rein regieren und sagen, gestalte deine Außenfassade so, dass sie uns allen gefällt und nicht nur mit irgendwelchen Graffiti. Oder besetzt die leeren Läden, damit wieder ein bisschen mehr Leben in das Einkaufszentrum reinkommt. Ich weiß gar nicht, ob die Immobilie noch Hanse-Allfinanz gehört. Die haben uns auch eine Erweiterung zugesagt: Wenn sie 75% davon vermietet haben, fangen sie an, die grüne Wiese davor zu bebauen, dann würden wir auch eine öffentliche Toilette bekommen.

Natürlich fehlt vielen ein Café oder ein Restaurant. Das Problem liegt aber woanders. Nordlicht hat es über Jahre versucht, ein Restaurant anzubieten. Wenn dort kein Umsatz passiert, dann machen die das nicht den ganzen Tag, die müssen die Mitarbeiter bezahlen, das kann ich auch verstehen. Es kommen immer wieder Beschwerden über den Lichtenhäger Markt am Wochenende. Die Leute sagen, Mensch, Herr Mucha, der Markt wird immer kleiner. Jetzt stehen noch fünf, sechs Buden da, früher waren es viel mehr. Aber wenn die Leute nicht mehr auf den Markt gehen, weil es bei Aldi und Lidl Obst und Gemüse eben auch günstig gibt, dann kommen die Händler nicht

mehr, das ist das Problem. Klar würde ich mir wünschen, dass auf den Lichtenhäger Brink ein Café oder ein Restaurant kommt, um den wiederzubeleben. Ein Ort der Begegnung, aber da müssen Sie einen Unternehmer finden oder eine Unternehmerin, die sagen, jawoll, ich mach das hier fünf Tage die Woche auf, ich zahle Strom, ich zahle Miete, ich zahle die Waren. Ich muss aber auch Umsatz generieren und das ist echt schwierig.

Mit dem Freitags-Café im Stadtteilbüro gibt es ja jetzt erstmal einen Ansatz. Aber bei 14.000 Einwohnerinnen und Einwohnern muss sowas ja eigentlich gehen...

Also jedes Angebot, was Kolping, das Stadtteilbüro oder auch andere Träger machen, ist willkommen. Muss man mal grundsätzlich sagen. Leider ist die Erfahrung, die ich dann auch mitbringe, aus den vielen Jahren, die ich hier im Stadtteil wohne und auch im Ortsbeirat bin, dass sowas punktuell von Menschen abhängig ist. Wir haben ein Café hier bei Kolping gehabt, da haben sich Seniorinnen und Senioren gefunden, die das machen. Aber wie gesagt, das steht und fällt mit handelnden Personen, und wenn die dann aus gesundheitlichen Gründen oder anderen Gründen eben nicht mehr kommen können, dann kann man so ein Angebot leider nicht mehr machen.

Deshalb sage ich, wenn, dann müssten wir das professionell machen. Also ich begrüße, wie gesagt, jedes Angebot, was es im Stadtteil gibt, und wenn das nur 2 oder 3 Jahre dauert oder auch 5 Jahre, das ist OK. Aber ich glaube, wir brauchen ein Stück weit da die Professionalität.

Und zum Thema Post: Ja, das ist ein Problem in der Tat, die Rechtsnorm ist aber leider so, dass im Umkreis von zwei Kilometern keine weitere Postfiliale sein muss bzw. sein darf. Und in Groß Klein ist eine. Sonst hätte die Post sofort einen Container mit einer Notpost hingestellt..

Aber wir sind im Gespräch mit der Post genauso wie mit dem Bauunternehmer. Es wird einen Briefmarkenautomaten und zwei weitere Packstationen geben und es wird aktiv daran gearbeitet, einen Unternehmer oder eine Unternehmerin zu finden, um die Postfiliale in Lichtenhagen wiederzubetreiben. Da sind wir dran.

Seit 2019 ist Lichtenhagen in das Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ aufgenommen worden. Sehen Sie da schon Effekte ?

Mucha: Ja, deutlich. Wenn ich sehe, dass die Grabower Straße gerade grundhaft saniert wird aus Mitteln dieses Programms, ist das schon ein Riesenschritt. Wir haben Bürgerbeteiligung gemacht zu verschiedenen Projekten, unter anderem auch den Park Lichtenhagen. Da bewegt sich einiges, der wird komplett umgestaltet und attrak-

tiver gemacht, auch für die Leute, die hier im Stadtteil wohnen. Insofern gibt es viele Synergieeffekte, die hier auftreten und die auch noch in Zukunft kommen werden. Also ich bin da sehr zuversichtlich, dass uns das hilft., das Bild des Stadtteils vielleicht noch zu verbessern.

Von Älteren hier im Stadtteil ist meistens zu hören, dass sie gern hier leben und bleiben wollen. Aber die Jugendlichen sagen ganz oft, das hier für sie echt nichts los ist. Sie kommen aus der Jugendsozialarbeit, was fällt Ihnen dazu ein?

Wir haben Kolping und den ASB als Träger, also wir haben schon in der sozialen Arbeit gute Angebote. Klar gibt es hier keine Diskothek oder so. Das Problem haben wir aber, glaube ich, in vielen Stadtteilen. In Lütten Klein zum Beispiel haben wir ein Kino und den Boulevard als Einkaufsmeile, aber das war es dann auch schon. Für Jugendliche gibt es da auch keine Disco oder irgendwelche anderen attraktiven Sachen. Das ist alles weg.

Ich glaube, da kann die Stadt noch einiges leisten an der einen oder anderen Stelle, was Jugendliche betrifft. Man muss mal gucken, wenn die Uni jetzt hierher kommt, die Zollhochschule mit 600 Studierenden und so weiter. Dass es da die Mensa oder irgendeinen Club gibt, den dann auch die Jugendlichen nutzen können. Da sind wir auch gerade im Gespräch, inwieweit das öffentlich oder geschlossen gestaltet wird. Da sehe ich schon Synergieeffekte und mit Freizeitangeboten wie Spiel- und Sportplätzen sind wir in Lichtenhagen auch relativ gut aufgestellt.

Hauptsächlich sind Sie ja Landtagsabgeordneter. Was ist Ihre Motivation, außerdem Kommunalpolitik zu machen?

Auf alle Fälle ist das ein Riesenunterschied, aber ich bin ja in der Kommunalpolitik und hier im Ortsbeirat groß geworden. Hier hab ich mir meine Sporen verdient, indem ich als nicht Parteigebundener einige Jahre einen Mandatsplatz für die SPD belegt habe. Damals war ich hier ja auch noch Sozialarbeiter bei „Jugendwohnen Hansestadt Rostock e.V.“. Ich bin in den Ortsbeirat gegangen, weil ich gedacht habe, dann hat man ein Ohr an der Basis und kann für den Verein, aber auch für die Einwohnerinnen und Einwohner in Lichtenhagen vor Ort aktiv was bewegen. Das ist so die Motivation. Und die besteht natürlich heute noch. Und dann kommt natürlich der Erfahrungsschatz dazu. Man kennt fast jeden Bürgersteig, man kennt viele Einwohnerinnen und Einwohner, man kennt die Sorgen und Nöte und ist auch jederzeit in der Lage, Auskunft zu erteilen nach außen. Durch die Arbeit in der Bürgerschaft und vor allen Dingen auch im Landtag kann man die Informationen, die man hat, auch nutzen, um sie hier für den Stadtteil einzusetzen

Jetzt beginnt eine neue Legislaturperiode. Die AfD wird auch im Ortsbeirat Lichtenhagen die größte Fraktion sein. Angenommen, Sie werden wieder Vorsitzender des Ortsbeirats: Wie wird die Arbeit im OBR aussehen und wo wollen Sie Schwerpunkte setzen?

Wir versuchen ja im Ortsbeirat, die politischen Gebaren etwas heraus zu halten.

Trotzdem gilt der Grundsatz für mich und ich hoffe, auch für Vertreterinnen und Vertreter aller demokratischen Parteien, die hier sind: Eine engere Zusammenarbeit mit der AfD wird es nicht geben, solange sie nicht in der Lage ist, sich von ihren Rechtsextremisten und Rechtspopulisten zu trennen oder klar los zu sagen. Ich kann natürlich nicht verhindern, dass sie dem einen oder anderen Projekt zum Wohle für unsere Einwohnerinnen und Einwohner zustimmen. Aber eine aktive Zusammenarbeit wird es da nicht geben, also jedenfalls nicht mit mir.

Natürlich gibt es Schwerpunkte. Ein großes Ziel ist, wie gesagt, eine Verkaufseinrichtung im südlichen Teil. Das wird so eine Art Späti oder ein Kiosk, vielleicht auch eine Hybridlösung, da sind wir gerade in intensiven Gesprächen, aber ich möchte da nicht vorgreifen. Da soll auch ein Café rein, wo man sich dann auch mit Kaffee und Kuchen hinsetzen kann als Ort der Begegnung, das ist schon mal ein Lichtblick.

Außerdem brauchen wir dringend eine öffentliche Toilette. Das Projekt „Lichtenhagen Park“ wurde uns von circa 800.000 € auf 400.000 € gekürzt. Ich habe dazu hier im Ortsbeirat und in der Presse meinen Unmut geäußert und habe jetzt Gespräche mit dem Umweltamt, dem Grünamt und mit der RGS geführt. Das lief vielversprechend im Hinblick auf den Aussichtsturm, die Toilette und auch die Spielplatzgröße. Ich denke, wir sind dort auf dem guten Weg.

Ein weiteres Thema sind die Gehwege und Radwege, das ist ein Riesenproblem hier in Lichtenhagen. Wir haben noch die Gehwege von der Grundsteinlegung, die sind jetzt 50, 51 Jahre alt. Wir haben eine enge Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt, um punktuell Gefahrenstellen beseitigen zu können. Aber wir brauchen eine grundlegende Sanierung, einige Straßenzüge stehen auf der Prioritätenliste. Da müssen wir gucken, ob wir mit dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“ die eine oder andere Straße grundhaft sanieren können, aber das braucht Vorlauf, Stadtwerke, Nordwasser, Telekom müssen da angefragt werden, alle, die da irgendwelche Leitungen drin haben.

Wir haben es in anderen Stadtteilen gesehen, was das Programm bewirken kann. Wir sind am Anfang und ich denke schon, dass wir die Mittel dementsprechend ein-

setzen, um deutliche Veränderungen hier hinzubekommen.

Wenn Sie jetzt auf fast 25 Jahre Ortsbeirat zurück schauen: Wo ist mal was richtig falsch gelaufen bzw. so liegen geblieben, dass da auch eigentlich nichts mehr geht? Haben Sie mal gedacht, das ist so ein Ärger, jetzt schmeiß ich hin?

Mucha: Frustrierend ist ein defizitärer Haushalt, weswegen man immer wieder getröstet wird. Es ist einfach ärgerlich, dass wir 15 Jahre brauchen, um den Brink zu sanieren. Wenn klar ist, dass der dringend saniert werden muss und da wird dann Teer raufgekippt und hier und da geflickt: Aber das muss in den Haushalt mit Riesen-Vorläufen eingeplant werden, das sieht die Einwohnerin oder der Einwohner gar nicht, was da dran hängt.

Wenn ich mir die Gehwege angucke, das ist ein Ärgernis. Die fehlende Barrierefreiheit, dass es keine abgesenkten Bordsteine gibt. Das wird auch nicht gemacht, weil gesagt wird, wir machen das, wenn es grundhaft saniert wird. Außerdem die Passage am Nordlicht, das ist Privateigentum. Wir haben jahrelang den Vermieter immer wieder angeschrieben, der hat dann die Dinger da zugenagelt, aber dieser Schandfleck war immer da. Aber es wird besser jetzt, wenn der Bauantrag dazu durch ist. Jetzt hat man schon gesehen, dass der Rückbau da ist.

So gibt es natürlich die ein oder andere Baustelle, aber da wünschte ich mir dann auch teilweise mehr Beteiligung von den Einwohnerinnen und Einwohnern. Zum Ortsbeirat kommen fünf, sechs Personen, die regelmäßig und aktiv teilnehmen. Aber wenn wir z.B. Aktionen wie „Lichtenhagen räumt auf“ haben, kriege ich immer nur Beschwerden: Sie müssten hier mal sauber machen und müssten da mal sauber machen. Ich glaube, das ist nicht unser Auftrag als Ortsbeirat, Lichtenhagen permanent sauber zu halten. Dafür gibt es andere, die teilweise dann unterbesetzt sind und das nicht in der Regelmäßigkeit machen können, wie sie es eigentlich machen müssen, solange es die Hansestadt Rostock betrifft.

Aber es hat nix gegeben, wo ich frustriert war und gesagt habe, so, jetzt schmeiß ich hin hier, ihr könnt mich alle mal, also wirklich nicht. Dafür bin ich angetreten und es gibt ja das gute alte Sprichwort: Was lange währt, wird gut.

Stichwort Beteiligung: Da ist ja weniger die Frage, ob die stattfindet, sondern eher wie bzw. wie Leute mobilisiert werden können. Was sehen Sie da für Möglichkeiten?

Bürgerbeteiligung ist ein ganz wichtiges Element. Eine These, die ich seit Jahren auch gerne verbreite ist, dass wir die Identifikation der Einwohnerinnen und Einwoh-

ner mit dem Stadtteil verbessern müssen. Wir sehen das immer aufgrund der ausländerfeindlichen Übergriffe von 92, wenn irgendwie ein Jahrestag ist. Viele laufen dann noch weg und nehmen gar nicht aktiv an den an den Veranstaltungen teil. Da können wir, glaube ich, mit dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“ gut gegensteuern, aber auch mit der sozialen Arbeit von Kolping und von den anderen. Aber dazu bedarf es dann auch wieder vielleicht der einen oder anderen Veranstaltung, die dann zusätzlich geleistet werden muss. Also wenn man so eine Art Stadtteilstadt dauerhaft etabliert, trägt das auch zur Identifikation mit dem Stadtteil bei, dass die Leute rauskommen, dass man miteinander redet usw.

Das Kinderfest war jetzt gerade hier, Tag der Städtebauförderung im Mai, Fête de la Musique im Juni, Stadtteilstadt ist im September, Bürgerbrunch gibt es auch noch. Das ist ja schon eine ganze Reihe von Aktionen, die hier stattfinden.

Ja, das ist eine ganze Reihe von guten Aktionen. Aber sie brauchen immer Manpower und sie brauchen für alles Leute. Kolping und der ASB haben in der sozialen Arbeit andere Aufgaben und dann solche zusätzlichen Sachen wie Stadtteilstadte, wie meinetwegen Frühlingfest oder ein Herbstfest oder irgendwas zu organisieren, das ist immer recht schwierig mit Manpower zu füllen. Und wir können ja auch nicht alles auf unsere Senioren und Seniorinnen abschieben, das ist echt schwierig.

Und da müssen wir mal gucken, ob wir jetzt mit dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“ vielleicht das eine oder andere dauerhaft etablieren können. Vielleicht muss man da auch die Wirtschaft dazu nehmen. Ansonsten kriegt man z.B. so ein generationsübergreifendes Stadtteilstadt gar nicht gewuppt.

Wenn ich sowas mache, muss ich das, glaube ich, anders anpacken, genau wie die Stadtteilzeitung oder so. Dem stehe ich ja auch sehr kritisch gegenüber. Ich möchte so eine Stadtteilzeitung haben, aber ich möchte die dauerhaft haben. Dann kommt da irgendeine Idee und dann wird das gemacht und auf einmal wird man damit überrollt. Es reicht nicht zu sagen, wir machen ein Modellprojekt, das für ein oder zwei Jahre finanziert ist. Wenn, dann mache ich mir Gedanken, wie das dauerhaft laufen kann. Denn ich sage, es nützt mir nichts, wenn ich ein Jahr hier eine Zeitung habe, die gut und wichtig ist und wenn ich sie dann wieder einstampfen muss.

Wäre schön, wenn Sie dem auch einfach erst mal noch eine Chance geben. Sie reden ja jetzt schon mal mit mir. – Ich komme ja auch aus der Stadtteilarbeit und habe in der letzten Zeit gute Erfahrung damit gemacht, Projekte zwar richtig zu planen, dann aber auch zu sagen: So, wir fangen jetzt einfach mal an und gucken, wie es läuft. Eventuell müssen

wir noch mal nachstellen, aber wir haben immerhin schon mal eine Grundlage, für die wir dann auch eine weitere Finanzierung finden.

Das würde ich nur zum Teil teilen wollen. Das stimmt. Bei einigen Projekten muss man nicht reden, weil man dann anfängt, es zu zerreden. Das sehe ich genauso, da muss man sagen, so, wir machen das jetzt einfach mal. Und wenn das dann nicht funktioniert, dann ist es okay, dann haben wir die Erfahrung. Aber so eine Stadtteilzeitung ist für mich deutlich wichtiger als z.B. ein Brunnenfest oder ein Bürgerbrunch. Das können wir einfach mal machen, auch mit eigenem Know How, und wenn wir merken, das ist eine richtig gute Sache, dann gucken wir mal, wie können wir das verbessern, vergrößern usw. Ich halte es für wichtig, dass diese Bürgerbeteiligung, also diese Identifikation mit dem Stadtteil über Feste, über Projekte noch besser gestaltet wird.

Deshalb wünsche ich mir an der einen oder anderen Stelle, dass man noch mehr miteinander redet. Nicht etwas zerreden oder so, sondern sagt, wie kriegen wir das zukunftssicher aufgebaut. Dann kann man viel mehr bewirken. Am Beispiel Zeitung: Wenn ich das vorher gewusst hätte, dass die Idee jetzt auf einmal konkrete Züge annimmt, dann hätte ich gesagt, lass uns gucken, wie wir das dauerhaft aufstellen,

Kommen Sie doch einfach mal bei der Redaktionssitzung vorbei.

Gerne, wenn es zeitlich möglich ist, komme ich gerne vorbei oder wir könnten uns mal hinsetzen, wie wir dieses Projekt zukunftssicher aufstellen können. | **Das Interview führte Anke Bülow**